



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
25.11.2020
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Sachprämien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der christlichen Kliniken in  
Potsdam  
Vorlage: 20/SVV/0861  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
zur Erledigung
- 3.2 KUBUS gGmbH - Kauf von Geschäftsanteilen und Änderung des  
Gesellschaftsvertrages  
Vorlage: 20/SVV/1186  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 3.3 Steganlagen am Griebnitzsee  
Vorlage: 20/SVV/1138  
Fraktion DIE LINKE
- 3.4 Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer  
Innenstadt  
Vorlage: 20/SVV/0090  
Fraktion der Freien Demokraten
- 3.5 Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020  
Vorlage: 20/SVV/0011  
Fraktion DIE aNDERE
- 4 Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt  
Potsdam und den Ortsbeiräten
- 4.1 Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt  
Potsdam und den Ortsbeiräten  
Vorlage: 20/SVV/1075  
Ortsbeirat Satzkorn
- 4.2 Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt  
Potsdam und  
den Ortsbeiräten  
Vorlage: 20/SVV/1116  
Ortsbeirat Neu Fahrland

- 4.3 Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte  
Vorlage: 20/SVV/1176  
Ortsbeirat Golm  
zur Erledigung
- 4.4 Thematisierung der Beschlüsse mit Auswirkungen auf das Gebiet des  
Potsdamer Nordens  
in allen Ortsbeiräten  
Vorlage: 20/SVV/1177  
Ortsbeirat Golm  
zur Erledigung
- 4.5 Verkehrserhebungen bei der Aufstellung und Bearbeitung von B-Plänen  
Vorlage: 20/SVV/1179  
Ortsbeirat Golm  
zur Erledigung
- 4.6 Zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte  
Vorlage: 20/SVV/1217  
Ortsbeirat Eiche  
zur Erledigung
- 4.7 Beachtung der aktuellen Verkehrserhebungen bei B-Plänen  
Vorlage: 20/SVV/1218  
Ortsbeirat Eiche  
zur Erledigung
- 4.8 Vorlage aller Beschlüsse mit Auswirkungen auf den Potsdamer Norden an die  
Ortsbeiräte  
Vorlage: 20/SVV/1219  
Ortsbeirat Eiche  
zur Erledigung
- 4.9 Zeitnahe Bearbeitung von Ortsbeiratsbeschlüssen  
Vorlage: 20/SVV/1220  
Ortsbeirat Groß Glienicke  
zur Erledigung
- 4.10 Vorlage sämtlicher Beschlussvorlagen mit Auswirkungen auf den Potsdamer  
Norden an die Ortsbeiräte  
Vorlage: 20/SVV/1221  
Ortsbeirat Groß Glienicke  
zur Erledigung
- 4.11 B-Pläne und aktuelle Verkehrserhebungen  
Vorlage: 20/SVV/1222  
Ortsbeirat Groß Glienicke  
zur Erledigung
- 4.12 Beteiligung der Ortsbeiräte an allen Beschlüssen mit Auswirkungen auf das

gesamte Stadtgebiet  
20/SVV/1342  
Ortsbeirat Grube

- 4.13 zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte  
20/SVV/1343  
Ortsbeirat Grube
- 4.14 aktuell erhobene Verkehrserhebung als Grundlage für jeden Bebauungsplan  
20/SVV/1344  
Ortsbeirat Grube
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 3. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz  
Vorlage: 20/SVV/1449  
Oberbürgermeister, Planungsbüro
- 5.2 Sachstand - "Kommunaler Präventionsrat" der Landeshauptstadt Potsdam
- 5.3 Sachstand - Erwerb Lottenhof  
gemäß Beschluss: 20/SVV/1013
- 6 Sonstiges
- 9.4 Angelegenheiten der Energie und Wasser Potsdam GmbH
- 10 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.11.2020**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Eingangs informiert er über die Verständigung mit den Fraktionsvorsitzenden in einer Telefonschleife und die Verabredung, die heutige Tagesordnung der

Hauptausschusssitzung zu reduzieren.

Darauf Bezug nehmend schlägt er folgende Änderungen vor:

- alle Punkte unter 3. – Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung werden **zurückgestellt**,
- alle Punkte unter 4. - Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und den Ortsbeiräten – werden ebenfalls **zurückgestellt**, aber mit den Ortsvorstehern weiter beraten,
- alle Punkte unter 5 – Mitteilungen der Verwaltung – werden **zurückgestellt** – der Punkt Krampnitz wird ersetzt durch eine Information des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Verkehr zum Gespräch zwischen dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg (MIL) und der Landeshauptstadt Potsdam

Erweitert werden soll die Tagesordnung um einen Statusbericht zur Corona-Pandemie und die sich aus dieser aktuellen Situation ergebenden Konsequenzen, einschließlich eines Vorschlags zum Umgang mit der Pandemiesituation im Hauptausschuss.

Herr Kube verweist darauf, dass die Fraktion DIE aNDERE keine Gelegenheit hatte, an dieser Telefonschaltel teilzunehmen. Er finde es bedauerlich, dass fast alle Tagesordnungspunkte in das nächste Jahr geschoben werden.

Der Oberbürgermeister stimmt dem zu, bittet aber zum Schutz aller Beteiligten, diesem Vorschlag trotzdem zu folgen – zumal eine Beratung vor der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung möglich ist.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich ebenso gegen den Vorschlag aus, da es auch im Januar eine ähnliche Situation geben könne, was nicht vorhersehbar sei. Zumindest sollte zu allen Punkten unter 3., die in den Fachausschüssen abschließend vorherberaten wurden, votiert werden.

Der Oberbürgermeister bittet, Änderungen zur Tagesordnung bzw. zum vorgeschlagenen Verfahren zu beantragen, um diese abstimmen zu können. Da es eine derartige Antragstellung nicht gibt, wird der Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters zur Abstimmung gestellt und mit 12 Ja-Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 30. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 25.11.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

## **neu      Statusbericht zur Corona-Pandemie**

Eingangs informiert der Geschäftsführer des Klinikums Ernst von Bergmann, Herr Schmidt, an Hand einer Powerpoint-Präsentation über die Situation in seinem Haus. Er betont, dass das Klinikum in Sorge sei, weil die Pandemiesituation stetig zunehme. Das sei unabhängig von den Inzidenzzahlen, denn diese hätten erst mit einem Zeitverzug von 2 Wochen Auswirkungen auf das Krankenhausgeschehen. Damit sei jetzt schon absehbar, dass das Klinikum an seine Grenzen komme, zumal davon ausgegangen werde, dass diese Situation bis März/April des nächsten Jahres anhalten werde.

Er informiert im Weiteren über die Versorgungscluster (VCC = Versorgungscluster Corona) und die Inzidenzen im Land Brandenburg sowie

deren Auswirkungen auf die Versorgungsleistungen und die Auslastung der Bettenkapazitäten. Er betont, dass die Epidemielage gleichgesetzt werde mit einem Massenansturm von Verletzten oder Erkrankten, woraus in Folge ab sofort eine abgestimmte Zusammenarbeit der Beteiligten/Regionalstellen des Rettungsdienstes und anderer Einrichtungen wie Krankenhäuser, Feuerwehr usw. resultiere. Herr Schmidt erläutert die sich daraus ableitenden Maßnahmen. In seinen Ausführungen verweist er darauf, dass lt. Bevölkerungsschutzgesetz die Reha-Kliniken als Krankenhausstandorte übernommen und leichte bis mittlere Covid-erkrankte versorgt werden. Fazit, so Herr Schmidt, die Bedrohungslage entwickelt sich vom Süden des Landes Brandenburg weiter nach Westen, es gebe eindeutige Überlastungssignale und Kapazitätsgrenzen bei weiter steigenden Inzidenzzahlen.

Anschließend erläutert der Oberbürgermeister, dass diese Situation heute auch im Verwaltungsstab vorgetragen wurde, verbunden mit der Frage, wie lange die Stadt bei den absehbaren Auswirkungen warten oder aber andere Möglichkeiten in Abstimmung mit dem Land nutzen wolle, um dem entgegenzuwirken. Deshalb habe er schon gestern Abend die Beigeordnete Frau Meier und die Fachbereichsleitende Recht, Frau Krusemark, gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen nach der aktuellen Rechtslage möglich sind, um das dem Land noch heute signalisieren und vor weiteren möglichen Entscheidungen des Landes (nach Gesprächen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten) umsetzen zu können.

Frau Meier verweist darauf, dass die Inzidenzzahlen sich deutlich der 200er Marke nähern, so dass von der im § 24 Abs. 1 der Eindämmungsverordnung eröffneten Möglichkeit, verschärfte Maßnahmen zu erlassen, Gebrauch gemacht werden soll.

Deshalb werde vorgeschlagen, den Alkoholkonsum auf allen Straßen und Plätzen, wo jetzt schon eine Maskenpflicht gelte, zu verbieten. Dieses Alkoholverbot werde später um die Plätze ergänzt, an denen zu Silvester das Böllerverbot gelte. Darüber hinaus werde auf allen Wochenmärkten der Verzehr von Speisen und Getränken untersagt. Dies, so die Beigeordnete, um das Verweilen vor Ort einzuschränken und die Maskenpflicht durchzusetzen. Auf Nachfragen in der sich anschließenden Diskussion betont sie, dass es sich hierbei nicht um ein Alkoholverbot handle, sondern aus Infektionsschutzgründen der Ausschank untersagt werde, da der Mindestabstand nicht eingehalten und der Mund-Nasen-Schutz nicht getragen werde. Ein Ausschankverbot zu erlassen, so Frau Krusemark, sei komplizierter – die Abwägung und Differenzierung falle hier schwerer. Herr Heuer betont, dass die Reduzierung der „Freiluftgastronomie“ nötig und konsequent sei.

Bezüglich der Schulen, so Frau Meier, sollen jetzt schon die Regeln gelten, die bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von 200 vorgesehen sind, d.h. für gymnasiale Oberstufen und Oberstufenzentren werde Wechselunterricht angeordnet, davon ausgenommen seien Abitur- und Abschlussklassen. Schulsport werde generell untersagt und Lehrer sowie Schüler, die sich derzeit in Quarantäne befinden, sollen vor den Weihnachtsferien nicht mehr am Unterricht teilnehmen. Für diese Maßnahmen sei eine Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport erforderlich; hier hoffe die Stadt auf die Unterstützung des Landes.

Auf Nachfrage von Herrn Teuteberg erläutert Frau Aibel den Sachstand zu den Konzepten für Wechselunterricht, die an allen Schulen, wenn auch in unterschiedlicher Art, existieren. Das begründe sich sowohl in der Schulform als auch im Grad der Digitalisierung.

Herr Wollenberg betont, dass er sich eine einheitliche Regelung wünsche, die an allen Schulen gelte. Dem schließt sich Herr Heuer an, denn ansonsten fehle die

Akzeptanz und er warne davor, sich auf Empfehlungen zu beschränken. Der Oberbürgermeister betont, dass es darum gehe, die Unterrichtsform zu ändern, was möglich und auch mit den Landkreisen abgestimmt sei.

Auf Nachfrage von Herrn Said zur Einrichtung eines Ersatzkrankenhauses betont Herr Schmidt, dass nicht die Räume und die technische Ausstattung fehle, sondern die Mitarbeitenden, die über eine entsprechende intensivmedizinische Ausbildung verfügen – gesucht werden also händierend Fachkräfte. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Errichtung eines Ersatzkrankenhauses eine Landesaufgabe sei und nicht eine hoheitliche Aufgabe der Kommune. Bezüglich der erfragten Impfstrategie verweist er auf die laufenden Vorbereitungen in der Metropolitshalle.

Herr Dörschel führt aus, dass der Zeitverlust zwischen einem Verdachtsfall und einer bestätigten Infektion seiner Meinung nach zu hoch sei, da in der Zwischenzeit für die Personen keine Beschränkungen gelten. Der Oberbürgermeister betont, dass sich das Gesundheitsamt nach den Vorgaben des RKI richte und hier von einem Eingriff in die freiheitlichen Grundrechte die Rede sei. Frau Meier ergänzt, dass alle Maßnahmen auf der Grundlage eines rechtsstaatlichen Verwaltungshandeln erfolgen müssen.

Abschließend kündigt der Oberbürgermeister an, dass nach der Hauptausschusssitzung das Ersuchen zur Benehmensherstellung mit dem Land auf den Weg gebracht werde und sobald diese erfolgt ist, die Regeln erlassen werden.

Im Weiteren führt Herr Piest unter Verweis auf die Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung – BbgKomNotV – auf die Möglichkeit der Nutzung alternativer Sitzungsformate, so auch der Videokonferenzen. Im Zuge dessen sei es notwendig, eine Art Grundsatzregelung zu treffen, von welchen der möglichen Formate der Hauptausschuss Gebrauch machen wolle. Dies auch unter Berücksichtigung dessen, dass der Hauptausschuss ein beschließender Ausschuss ist und regelmäßig nicht öffentliche Tagesordnungspunkte abzuhandeln hat. Deshalb werde vorgeschlagen, die Tagesordnungen alternativ zu planen, wie in dem ausgereichten Beschlussvorschlag mit folgendem Wortlaut ausgewiesen:

***Der Hauptausschuss beschließt:***

***Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Sitzungen des Hauptausschusses werden gemäß der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung - BbgKomNotV) folgende Regelungen getroffen:***

***Aufgrund der aktuellen Pandemielage sieht es der Hauptausschuss als erforderlich an, die nachfolgenden in der BbgKomNotV bestimmten Abweichungen für die zukünftigen Sitzungen des Hauptausschusses anzuwenden.***

***Zukünftige Sitzungen werden als Präsenzsitzung oder Videositzung durchgeführt. Beschlüsse über Beratungsgegenstände, welche in dem Verfahren nach § 5 BbgKomNotV (Präsenzsitzung) oder § 6 BbgKomNotV (Videositzung) behandelt wurden oder bei denen im Rahmen einer Sitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde, können auch im schriftlichen***

**Umlaufverfahren (§ 8 BbgKomNotV) gefasst werden.**

**Im Rahmen der Abweichungen ist der Grundsatz der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Maßgaben des § 9 BbgNotKomV zu beachten.**

**Die Tagesordnungen der Sitzungen des Hauptausschusses werden in der Regel wie folgt aufgestellt:**

- **Eine Tagesordnung mit allen zu beschließenden öffentlichen Drucksachen sowie alle nicht öffentlichen abzuhandelnden Punkte wird für die erste Sitzung des Gremiums im Monat aufgestellt. Diese Sitzungen werden grundsätzlich als reguläre Sitzungen unter Beachtung der Maskenpflicht und Abstandsregelung durchgeführt.**
- **Eine Tagesordnung mit allen Drucksachen, die mit einer Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung zurückgegeben werden, alle öffentlichen Mitteilungsvorlagen und sonstigen öffentlichen Punkten wird für die zweite Sitzung des Gremiums im Monat aufgestellt. Diese Sitzungen werden grundsätzlich als Videokonferenzen durchgeführt. Die Nutzungsrichtlinie für Videokonferenzen der StVV ist zu berücksichtigen.**

**Vor jeder Sitzung obliegt dem Vorsitzenden/der Vorsitzenden im Einzelfall die Entscheidung, von welcher Form er tatsächlich Gebrauch machen wird. Dies ist entsprechend zu dokumentieren.**

**Diese Regelung behält ihre Wirksamkeit, bis der Inzidenzwert unter 50 sinkt, längstens jedoch bis zum Außerkrafttreten der BbgKomNotV.**

Herr Kube fragt nach, warum das heute, ohne Vorbereitung beschlossen werden soll und wie ein schriftliches Umlaufverfahren funktionieren soll. Er habe insbesondere dagegen Bedenken und bittet, den Satz zu streichen.

Frau Hüneke entgegnet, dass es die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewesen sei, die in Anbetracht der Inzidenzzahlen ein Nachdenken über die Durchführung von Ausschusssitzungen angeregt habe. Ihre Fraktion unterstütze den vorliegenden Vorschlag.

Herr Teuteberg signalisiert ebenfalls grundsätzliche Zustimmung und regt an, auch das Abstimmungsverfahren digital durchzuführen, da es diese Möglichkeit bereits gebe.

Herr Piest erwidert, dass das Umlaufverfahren in der BbgKomNotV als eine Variante enthalten sei und der Vorsitzende im Rahmen einer Erforderlichkeitsprüfung die zur Verfügung stehenden Alternativen abwägen und dokumentieren muss. Der Grundsatzbeschluss macht die Anwendung dieser alternativen Sitzungsformate erstmal möglich; das Umlaufverfahren ist eine „Vorhaltevariante“, die auch nur für abschließende Abstimmungen in Frage komme und überschaubar sei. Für Empfehlungen an die Stadtverordnetenversammlung sollen die Videokonferenzen genutzt werden.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er diese Zweiteilung für nachvollziehbar halte, eine apodiktische Trennung aber nicht befürworte; auch in regulären Sitzungen sollte die Beratung von Drucksachen, die mit einer Empfehlung zurück an die Stadtverordnetenversammlung gehen, möglich sein. Der Oberbürgermeister verweist auf sein Recht der Abwägung; Ziel war eine klare Darstellung der Verfahrensweise.

Herr Wollenberg spricht sich für eine klare Regelung aus, die auch helfen könne,



die Diskussion zu disziplinieren. Um die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung (StVV) zu entlasten, seien in der Vergangenheit viele Drucksachen zur Erledigung an den Hauptausschuss überwiesen worden.

Herr Linke äußert Zweifel an dieser „Geißelung“, wenn entsprechend große Räumlichkeiten vorhanden sind - besser wäre es, ein Zeitlimit zu nutzen.

Frau Dr. Zalfen plädiert dafür, konsequent zu sein und eine klare, rechtssichere Entscheidung zu fällen – das habe oberste Priorität.

Herr Heuer verweist darauf, dass die Ausschussvorsitzenden in einem mit dem Büro der StVV abgestimmten Schreiben über die Rahmenbedingungen informiert wurden. Mit dem Beschlussentwurf liege jetzt ein vorbildlicher Ausfluss dessen vor. Nach seinen Erfahrungen sind Videokonferenzen eine „wackelige Variante“ – deshalb sollte man Vorsicht walten lassen und diese Variante erst anwenden, wenn das Risiko zu hoch ist.

Herr Dr. Scharfenberg regt eine Prüfung des Verfahrens nach einem Testlauf an, die der Oberbürgermeister auch zusagt. Jetzt sollte so gestartet und im Zweifelsfall nachjustiert werden.

Der Beschlussvorschlag mit dem o.g. Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>14</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**neu Sachstand Zielabweichungsverfahren – Gespräch zwischen dem MIL und der Landeshauptstadt Potsdam**

Oberbürgermeister, Planungsbüro

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, betont, dass das Gespräch am 30.11.2020 zwischen dem MIL und der Landeshauptstadt Potsdam zum Thema Krampnitz in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre verlief und es ein gemeinsames Verständnis über folgende Punkte gegeben habe:

- Unter der Voraussetzung, dass die Verkehrserschließung insbesondere durch den Bus- und Radverkehr konzeptionell durch die Landeshauptstadt Potsdam untersetzt und plausibilisiert wird, will die Landeshauptstadt Potsdam in einer ersten Stufe im geplanten Wohngebiet in Krampnitz mittelfristig eine Entwicklung von bis zu 5.000 EW planen.
- Hierfür wird die Landeshauptstadt Potsdam in Verbindung mit dem überarbeiteten Verkehrskonzept diejenigen B-Pläne zur landesplanerischen Bestätigung vorlegen, die dieses Ziel von 5.000 EW untersetzen.
- Zudem wird durch die Landeshauptstadt Potsdam parallel zu den vorgenannten Bebauungsplänen die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplans vorgenommen.
- Eine weitere Entwicklung über 5.000 Einwohner hinaus bedarf insbesondere einer Lösung der verkehrlichen Situation.
- Daran anschließend werden die Bebauungspläne, die ein Zuwachspotenzial über 5.000 Einwohner ermöglichen sollen und die dazugehörige Änderung des Flächennutzungsplans erst nach Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses für die Straßenbahn durch die Landeshauptstadt Potsdam zur landesplanerischen Bestätigung bzw.

Genehmigung vorgelegt.

Er betont abschließend, dass kein neuer Bescheid erteilt werde, sondern festgelegt wurde, was dem MIL noch vorgelegt werden müsse. Im Weiteren beantwortet Herr Rubelt einige Nachfragen, die sich, so der Oberbürgermeister, auch aus dem 3. Statusbericht Kramnitz erschließen. Dieser werde in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses aufgerufen.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Sachprämien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der christlichen Kliniken in Potsdam**

**Vorlage: 20/SVV/0861**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
zur Erledigung

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

#### **zu 3.2 KUBUS gGmbH - Kauf von Geschäftsanteilen und Änderung des Gesellschaftsvertrages**

**Vorlage: 20/SVV/1186**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

#### **zu 3.3 Steganlagen am Griebnitzsee**

**Vorlage: 20/SVV/1138**

Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

#### **zu 3.4 Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt**

**Vorlage: 20/SVV/0090**

Fraktion der Freien Demokraten

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

#### **zu 3.5 Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020**

**Vorlage: 20/SVV/0011**

Fraktion DIE aNDERE

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

### **zu 4 Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der**

## **Landeshauptstadt Potsdam und den Ortsbeiräten**

- zu 4.1**      **Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der  
Landeshauptstadt Potsdam und den Ortsbeiräten**  
**Vorlage: 20/SVV/1075**  
Ortsbeirat Satzkorn
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.2**      **Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der  
Landeshauptstadt Potsdam und  
den Ortsbeiräten**  
**Vorlage: 20/SVV/1116**  
Ortsbeirat Neu Fahrland  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.3**      **Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte**  
**Vorlage: 20/SVV/1176**  
Ortsbeirat Golm  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.4**      **Thematisierung der Beschlüsse mit Auswirkungen auf das Gebiet des  
Potsdamer Nordens  
in allen Ortsbeiräten**  
**Vorlage: 20/SVV/1177**  
Ortsbeirat Golm  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.5**      **Verkehrserhebungen bei der Aufstellung und Bearbeitung von B-Plänen**  
**Vorlage: 20/SVV/1179**  
Ortsbeirat Golm  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.6**      **Zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte**  
**Vorlage: 20/SVV/1217**  
Ortsbeirat Eiche  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

- zu 4.7 Beachtung der aktuellen Verkehrserhebungen bei B-Plänen**  
**Vorlage: 20/SVV/1218**  
Ortsbeirat Eiche  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.8 Vorlage aller Beschlüsse mit Auswirkungen auf den Potsdamer Norden an die Ortsbeiräte**  
**Vorlage: 20/SVV/1219**  
Ortsbeirat Eiche  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.9 Zeitnahe Bearbeitung von Ortsbeiratsbeschlüssen**  
**Vorlage: 20/SVV/1220**  
Ortsbeirat Groß Glienicke  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.10 Vorlage sämtlicher Beschlussvorlagen mit Auswirkungen auf den Potsdamer Norden an die Ortsbeiräte**  
**Vorlage: 20/SVV/1221**  
Ortsbeirat Groß Glienicke  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.11 B-Pläne und aktuelle Verkehrserhebungen**  
**Vorlage: 20/SVV/1222**  
Ortsbeirat Groß Glienicke  
zur Erledigung
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.12 Beteiligung der Ortsbeiräte an allen Beschlüssen mit Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet**  
**20/SVV/1342**  
Ortsbeirat Grube
- zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2
- zu 4.13 zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte**

**20/SVV/1343**  
Ortsbeirat Grube

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

**zu 4.14** **aktuell erhobene Verkehrserhebung als Grundlage für jeden  
Bebauungsplan**  
**20/SVV/1344**  
Ortsbeirat Grube

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

**zu 5** **Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1** **3. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz**  
**Vorlage: 20/SVV/1449**  
Oberbürgermeister, Planungsbüro

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

**zu 5.2** **Sachstand - "Kommunaler Präventionsrat" der Landeshauptstadt Potsdam**

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

**zu 5.3** **Sachstand - Erwerb Lottenhof**  
**gemäß Beschluss: 20/SVV/1013**

**zurückgestellt** – siehe Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 2

**zu 6** **Sonstiges**